

# Linke Liste Wiesbaden



Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

Juli – September 2003

Zu den Oberbürgermeisterwahlen in Wiesbaden erklärte die Fraktion Linke Liste am 15. Mai 2003:

## OB-Wahlen am 11. Mai ...

1. Die Tatsache, dass gerade 33,7 (in einigen Stadtteilen kaum über 25) Prozent der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht nutzten, zeigt, dass die Verdrossenheit mit den herkömmlichen politischen Strukturen und Politikangeboten in der Landeshauptstadt dramatisch angestiegen ist.
2. Gleichzeitig wird die Auffassung der Linken Liste (und anderer politischer Kräfte) bestätigt, dass es auch für die politische Legitimation des Gewählten besser gewesen wäre, wenn die OB-Wahlen zusammen mit den Landtagswahlen durchgeführt worden wären – ganz davon abgesehen, dass 250.000 Euro hätten gespart werden können.
3. Der Erfolg, den der parteilose Kandidat Gerhard Schulz mit über 11 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielte, verdeutlicht, dass ein solches Engagement Zustimmung findet, bei dem die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund stehen, in diesem Fall vor allem die der Jugendlichen und der an Kultur Interessierten. Die Linke Liste geht davon aus, dass auch durch die Antworten von Gerhard Schulz auf ihre 14 Fragen zur
4. OB-Wahl das grundlegend andere Politikverständnis von Herrn Schulz einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt werden konnte.
4. Die Linke Liste wird ihre Arbeit inner- und außerhalb des Stadtparlamentes weiterhin an folgenden Maßstäben ausrichten: Herbeiführung von kommunalpolitischen Entscheidungen, die die Lebensverhältnisse breiter Kreise der Wiesbadener Bevölkerung verbessern; ernstnehmende Einbeziehung der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsfindung; Abkehr von einem Politikstil, bei dem persönliche, Parteiinteressen und Wirtschaftsinteressen über die der Bewohner unserer Stadt gestellt werden. Die Linke Liste hofft, dadurch einen Beitrag zu leisten gegen die wachsende Tendenz, sich abzuwenden von der Einflussnahme auf politische Entscheidungen. In diesem Sinne haben sich unseres Erachtens auch die Beteiligten am „Projekt Schulz“ engagiert, und wir hoffen, dass diese Art von Engagement in Wiesbaden Schule macht.

### Anfragen und Anträge

Aktivitäten der Fraktion Linke Liste (LiLi) im Stadtparlament

Seite 2–3

### UMTS: raus aus dem Flop?

Die großen Unternehmen hatten gehofft, mit UMTS das noch größere Geld zu machen ... über Risiken und Nebenwirkungen

Seite 3

### Haushaltssperre

Mit dieser Maßnahme will Stadtkämmerer Dr. Müller den maroden Stadtetat wieder „in den Griff“ bekommen. Über die Hintergründe der im Juni beschlossenen Sperre

Seite 5

### LiLi stellt Programme zur Diskussion

Nachdem inzwischen etwa die Hälfte der Wahlperiode vorbei ist, legt die Fraktion Linke Liste die Fortschreibung ihrer Teilprogramme vor, mit denen sie zur Wahl angetreten war. Alle Interessierten sind aufgefordert, mit zu diskutieren

Seiten 6–7

### Ver-Hartzte Zeiten (II):

Fortsetzung unserer Stellungnahme zu Neoliberalismus, „Hartz-Kommission“ und Agenda 2010

Seite 10

### Foltern, um Geständnisse zu erzwingen?

„Gewaltanwendung zur Erzwingung von Geständnissen“ nennt sich, was in Frankfurt einem Verdächtigen angedroht wurde

Seite 11

### Kämmerer verhängt Haushaltssperre – OB Diehl: „Disziplinierung“

Mitte Juni beschloss der Magistrat eine Haushaltssperre, mit der alle neu zu tätigen Ausgaben der Stadtverwaltung untersagt sind. Dass diese Maßnahme nicht nur auf die Finanzmisere der Stadt zielt, machte OB Diehl mit seiner oben zitierten Bemerkung vom Disziplinierungs-Charakter klar – Ausgaben, die aktuell vonnöten sind oder die von Initiativen ohne die entsprechenden Connections ins Rathaus erbeten werden, fallen vorläufig mal hinten runter.

Lesen Sie unseren Artikel auf Seite 5 zur Haltung der Linken Liste zu Haushaltssperre und Finanzplanungen 2004/2005.

### Antrag für Stadtparlament: Busgeldverfahren gegen Wiesbadener Kriegsgegner einstellen!

Die LiLi wird am 10. Juli beantragen, das Busgeldverfahren gegen H.G. Oefinger, stellv. ver.di-Bezirksvorsitzender und Mitbegründer des Wiesbadener Anti-Kriegsbündnisses, einzustellen. Er soll wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Demonstrationsverbot in der Bannmeile des Landtages am 24. März zu einem Bußgeld von 1250 Euro verurteilt werden.

Oefinger hatte an diesem Tag einer spontanen Demonstration von Wiesbadener Schüler/innen gegen den Irak-Krieg seine Unterstützung angeboten.

Es handelt sich hier offensichtlich um einen Versuch der Stadt, die Wiesbadener Friedensbewegung zu kriminalisieren und abzustrafen.



Karl-Heinz Grünheid, u.a. verantwortlich für die Berichte aus dem Rathaus.

## Aktive Oppositionsarbeit im Stadtparlament: Anträge und Anfragen

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung am 27. März 2003 diskutierten die Abgeordneten erneut ein Thema, das die Linke Liste Wiesbaden bereits am 13. Februar auf die Tagesordnung gesetzt hatte: „Kommunale Aktivitäten gegen den Irak-Krieg“.

Während es damals CDU und FDP ablehnten, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, reichten sie am 27. März gemeinsam mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Dringlichkeitsantrag ein. Darin wird bedauert, dass der Krieg nicht verhindert werden konnte, wird Mitgefühl mit den Opfern des Krieges ausgedrückt und sich gegen jede Form von Antiamerikanismus und antiislamische Tendenzen ausgesprochen – die Initiative „Cities for Peace“ soll unterstützt werden. Hartmut Bohrer (Linke Liste) begrüßte diesen Sinneswandel bei CDU und FDP und stimmte dem Antrag trotz Bedenken bei einzelnen Passagen zu. Er bedauerte, dass die CDU nicht bereit war, die Linke Liste als Miteinreicher eines solchen Antrages zu akzeptieren. Bei der Abstimmung des von der LiLi eingebrachten Dringlichkeitsantrages fand sowohl die Aufforderung, nicht an Empfängen militärischer Einrichtungen der kriegführenden Parteien in Wiesbaden teilzunehmen, als auch die Aufforderung an die Bundesregierung, den Krieg weder direkt noch indirekt (z.B. durch Sperrung des deutschen Luftraums) zu unterstützen, keine Unterstützung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Republikanern.

Der Antrag der Linken Liste Wiesbaden (ebenfalls am 27. März an den Magistrat), zu berichten, wie das Angebot von Ganztagschulen, Schulen mit Ganztagsangeboten und betreuenden Grundschulen erweitert wird, wurde auf Antrag der SPD als „durch Aussprache erledigt“ erklärt. Hintergrund dieses Antrages waren die Ausführungen der Schuldezernentin Frau Thies; diese hatte erklärt, dass es voraussichtlich zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 keine weiteren Ganztagsangebote in Wiesbaden geben wird. Gründe: Das Land überarbeitet gegenwärtig die Richtlinien für Ganztagsangebote, entscheidender Punkt für die Finanzierbarkeit. Außerdem gibt es bisher keine Einigung zwischen Bund und Ländern, wie die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten 4 Mrd. Euro für die Förderung von Ganztagsangeboten eingesetzt werden sollen. Im Mai gab es nun eine Einigung zwischen Bund und Ländern; die Linke Liste Wiesbaden wird darum erneut nachfragen, welche Möglichkeiten sich für mehr Ganztagsangebote in Wiesbaden ergeben.



Die Zukunft des Berstädter Grabens bleibt weiter in der Schwebe. Bereits zur Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 2003 forderte die LiLi einen Bericht darüber, wann endlich mit einem Zeitplan und konkreten Vor-

schlägen zum Anschluss der ca. 50 Haushalte am Berstädter Graben an das öffentliche Trinkwassernetz und mit einer dauerhaften Regelung der Entsorgung zu rechnen ist. Nachdem Stadtrat Professor Pös (FDP) angekündigt hatte, im Ortsbeirat Kastel neue Überlegungen vorzustellen, wurde auf Antrag des FDP-Fraktionschefs Burgward das Thema von CDU, FDP und Herrn Hirzel als „durch Aussprache erledigt“ erklärt. Die LiLi wird weiter nachfragen, wann tatsächlich etwas für die BürgerInnen vor Ort geschieht.



Ohne Aussprache sollte ein Antrag der Verwaltung am 13. Februar 2003 bestätigt werden, wonach die Gesamtkosten für den Schulbustransport von schulwegunfähigen SchülerInnen zur Johann-Hinrich-Wichern-Schule im AKK-Haushalt zu veranschlagen sind. Nach Intervention von Hartmut Bohrer wurde der Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung I gesetzt; der Stadtverordnete der LiLi wies darauf hin, dass zum wiederholten Male Kosten in den AKK-Haushalt eingestellt werden, die – wie auch in diesem Falle – nicht mit Leistungen für die AKK-Stadtteile identisch sind: rund 90 % der transportierten SchülerInnen kommen aus anderen Stadtteilen Wiesbadens.



Am 15. Mai 2003 stellte die Linke Liste Wiesbaden den Antrag, der Magistrat solle bis zum 1. September 2003 ein Verfahren vorschlagen, wie der Beschluss der Stadtverordneten vom 15. Februar 2001 zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen der Landeshauptstadt Wiesbaden (§ 8c Hessische Gemeindeordnung) umgesetzt werden soll. Die Vertreterin der CDU-Fraktion stellte die Machbarkeit der – bereits beschlossenen – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen grundsätzlich in Frage und plädierte dafür, die Idee eines Kinder- und Jugendparlamentes für Wiesbaden zu verfolgen. In seiner Erwiderung stellte Hartmut Bohrer klar, dass die LiLi jede Form direkter Demokratie unterstützt; die aber schon einmal beschlossenen ersten Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen wieder auszuhebeln, ist gegenüber den Betroffenen unfair und fördert die Politikverdrossenheit. Darüber hinaus bieten die vom Jugendhilfeausschuss gemachten Vorschläge Voraussetzungen, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Auf Antrag der CDU wurde auch dieser Antrag als „durch Aussprache erledigt“ erklärt. Wir hoffen, dass eine von Stadtverordnetenvorsteherin Thiels vorgesehene Behandlung im Ältestenausschuss doch noch praktikable Lösungen erbringt.



Ende Januar 2003 reichte die LiLi eine Anfrage an den Magistrat ein, um Auskunft über preisreduzierte Monatskarten für Sozialhilfeempfänger/innen zu erhalten. Sozialdezernent Hessenauer informierte dazu wie folgt:

**LiLi**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

- Im Jahr 2000 wurden 50.926, für 2001 wurden 50.303 und 2002 wurden 48.400 Karten an SozialhilfeempfängerInnen verkauft.
- 2000 wurde die Karte für 24,54, im Jahr 2001 für 25,46 und 2002 für 26,15 Euro verkauft. Ab 2003 kostet die Karte 27,15 Euro.

Die LiLi stellt dazu fest:

- Die Abgabe ermäßigter Monatskarten an SozialhilfeempfängerInnen ist eine freiwillige Leistung der Stadt Wiesbaden.
- Der Preis der Monatskarte hat sich 2003 gegenüber 2000 um 10,6 Prozent, das sind 2,61 Euro erhöht.
- Der monatliche Regelsatz der Sozialhilfe für Haushaltsvorstände und allein Lebende stieg zum 1. Juli 2002 (gegenwärtig gültig) gegenüber dem 1. Juli 1999 um 2,6 Prozent, das sind 7,16 Euro.

Die Frage lautet also: Warum muss der Preis für solche Monatskarten schneller steigen als der Regelsatz für SozialhilfeempfängerInnen? Sind davon nicht gerade jene betroffen, die ihre Mobilität über den öffentlichen Personennahverkehr realisieren müssen?



Bereits vor gut einem Jahr fragte die Linke Liste Wiesbaden nach Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Umfeld der beruflichen Schulen (Welfenstraße, Brunhildenstraße u.a.). Damals antwortete Prof. Pös noch schriftlich, dass er keine „zwingende Notwendigkeit eines Tätigwerdens“ sieht (Begründung damals: Die VerkehrsteilnehmerInnen gehörten einer Altersklasse an, der man durchaus nicht mehr die geregelte Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr erläutern müsse. Zweitens sei es Erfahrung, dass bei Tempo 30 an nicht geeigneten Stellen ständig die Versuchung bestehe, schneller zu fahren).

Nachdem es zeitgleich zur Anfrage der LiLi Proteste der Schüler- und Elternschaft sowie der Lehrer wegen der Untätigkeit der Behörden gab – vor allem nach einem schweren Verkehrsunfall –, sah sich die Verwaltung zu Reaktionen genötigt. Das Tiefbauamt hat im Jahr 2002 Verkehrszählungen durchgeführt, um zu prüfen, ob in der Welfenstraße im Einmündungsbereich zur Brunhildenstraße sowie in der Brunhildenstraße am Einmündungsbereich zur Balthasar-Neumann-Straße zusätzlich Zebrastreifen installiert werden können. An beiden Stellen wurden die Einsatzkriterien erreicht, so dass Anfang April 2003 die beiden Zebrastreifen eingerichtet werden konnten. Hartnäckiges und langjähriges Engagement der Betroffenen lohnt sich also doch.



Kämmerer Dr. Müller (CDU) machte sich mit seinem jetzt vorgelegten „Fahrplan“ zur Aufstellung, Beratung und Beschlussfassung des Haushalts 2004/2005 erst gar nicht mehr die Mühe, den Haushalt bis Ende 2003 beschließen zu lassen. Sein vorgeschlagener Beschlusstermin liegt im Juni 2004. Für die Fraktion Linke Liste ergeben sich eine Reihe von Fragen:

- War der Haushalt 2002/2003 jemals solide finanziert? Die LiLi fragte bereits früher, warum ohne Not den Finanzen durch die Senkung der Gewerbe- und Grundsteuer ab 2002 geschadet wurde. Das Argument von neuen Arbeitsplätzen kann man wohl ins Reich der Märchen verbannen.
- Warum wurden die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung nicht einmal darüber informiert, welche beschlossenen Investitionsmaßnahmen nicht zeitnah umgesetzt werden? Soll damit verhindert werden, dass solche Projekte wie die Vervierfachung der Mittel für Straßen und Gehwege, des vierspurigen Ausbaus der Boelkestraße sowie der exklusiven Sanierung der Fußgängerzone hinterfragt werden?
- Warum lehnte Herr Dr. Müller (unterstützt von CDU, FDP und REP) den Antrag der Linken Liste Wiesbaden ab, den Stand der im Haushaltsplan 2002/2003 vorgesehenen Investitionen jetzt darzustellen, um Klarheit zu erzielen, welche Investitionen 2004/2005 als „Altlast“ realisiert werden müssen und was dann noch möglich und finanzierbar ist. Soll so auch verhindert werden, dass über Prioritäten bei den Investitionen für die Jahre 2004/2005 neu nachgedacht wird?

Wie der Kämmerer diesem Auseinanderfallen von geplanter Realisierung von Investitionsvorhaben und ihrer Finanzierbarkeit Herr werden will, bleibt bisher sein Geheimnis. Er will sich erst einmal im Juli 2003 von der Stadtverordnetenversammlung einen „Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2004/2005“ absegnen lassen. Eckdaten aber zu beschließen, ohne eine reale Übersicht zu haben, wie sich Einnahmen und Ausgaben entwickelt haben und geplante Bau- und Ausrüstungsmaßnahmen verwirklicht sind, ist unsolide.

Auch die Behandlung eines zweiten Antrages der LiLi zum Thema Vorbereitung des Haushalts 2004/2005 durch Dr. Müller und die bereits genannten Fraktionen lässt nicht gerade auf eine Klarheit bringende Arbeitsweise schließen. Die Linke Liste Wiesbaden wollte per Antrag wissen, welche Auswirkungen die laut „Fahrplan“ zur Aufstellung des Haushalts 2004/2005 geplante Umstellung städtischer Zuweisungen und Zuschüsse von der institutionellen Förderung (Förderung von Vereinen) auf Projektförderung oder Leistungsverträge für die Betroffenen hat. Hierzu sollte dargelegt werden, welche Einrichtungen von dieser Umstellung betroffen sind und inwieweit diese Einrichtungen über die geplante Umstellung informiert und zur künftigen Inanspruchnahme öffentlicher Mittel beraten wurden. Eine unrepräsentative Umfrage der LiLi bei Vereinen hatte ergeben, dass bisher keiner mit der Problematik von Seiten der jeweils zuständigen Dezernate konfrontiert wurde.



**Lesen Sie weitere Informationen zur verhängten Haushaltssperre auf Seite 5**

#### **Ansprechpartner/innen der Linken Liste:**

Freizeit und Sport:  
Daniel Herber (06 11) 8 56 72  
Tilmann Ziegenhain (06 11) 8 64 70

Schule:  
Karola Befard (06 11) 9 41 08 84  
Stefan Heinemann (06 11) 9 80 06 62

Ältestenausschuss:  
Hartmut Bohrer (06 11) 6 25 54

Wirtschaft und Finanzen:  
Manuel Mergen (06 11) 7 90 17 01

Gesundheit:  
Erika Hoffmann

Bürgerbeteiligung/Völkerverständigung  
Mechthilde Coigné (06 11) 12 04

Kultur  
Gottfried Schmidt (01 75) 2 17 32 95

Soziales:  
Gunther Praml (06 11) 2 36 22 93

Umwelt / Frauen:  
Evelyn Zell (06 11) 9 01 27 40

Stadtplanung und Verkehr:  
Karl-Heinz Grünheid (06 11) 37 28 45



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Juli/Sept. 2003

# „... wie die Spinne im Netz ...“

Während kritische Bürgerinnen und Bürger, Fachleute und Politiker über Sinn und Unsinn und über mögliche Gefahren ausgehend vom wuchernden Antennenwald auf den Dächern von Städten und Gemeinden streiten, ändern die Handyfirmen ihre Strategie:

Nach einer Radikalkur und drastischen Kostensenkungen soll nun endlich das Datenzeitalter eingeläutet werden – mit oder ohne UMTS. Fast unbeachtet hat der größte deutsche Mobilfunkanbieter einen sensationellen Strategiewechsel vollzogen. „Wir werden unseren Kunden kein spezielles UMTS-Angebot machen“, betont die Telekom und erklärte das Technikkürzel kurzerhand zum Unwort: „Von UMTS reden wir nicht mehr.“

Diese neue Strategie ist einmal Folge der drückenden Lizenz-Schulden und hartnäckiger Detailprobleme rund um die UMTS-Technik, aber auch die Einstellung der rund 60 Millionen Handy-Telefonierer/innen gegenüber dem Mobilfunk hat sich dramatisch gewandelt. Diese hinterfragen mehr und mehr die unkalkulierbaren Kosten und einen undurchschaubaren Tarifsumpf: „Die sitzen wie die Spinne im Netz und saugen uns aus“, so ein Handy-Nutzer. Und dann die Kund/innen: Nutzen sie doch ihr Handy hauptsächlich zum Telefonieren und zum Verschicken von SMS, statt jeder technischen Neuheit sofort nachzulaufen!

Diese Entwicklung führt aber keineswegs dazu, dass auch Betreiberfirmen eine kritische Haltung zu einer Technik einnehmen würden, die für die Menschen eine gesundheitliche Gefahr darstellen kann.

Stattdessen möchten die Anbieterfirmen die „kritische Masse“ zur Ankerbelung des Datentransfers erreichen und dazu die neuartigen Handys mit Kamera und Farbdisplay in den nächsten Monaten mit gewaltigem Werbeaufwand und allerlei Tricks in den Markt drücken.

**Ausgesprochen kritisch befasst sich dagegen das brisante Buch der renommierten Journalisten Franz Kotteder und Thomas Grasberger mit der Mobilfunkproblematik (erschienen im Februar auf dem deutschen Markt – wer es bestellen will: ISBN-Nummer 3-88897-329-5).**

Kurze Zusammenfassung: Die Autoren schauen hinter die Kulissen des Mobilfunk-Experiments, das sich zu einem großangelegten Freilandversuch am Menschen auszuwachsen droht. An aktuellen Fallbeispielen schildern sie das „Leben im Feld“, das das Wohnen in der Nähe von Sendemasten zum Alptraum werden lässt, und sezieren das Interessengeflecht zwischen Industrie, Politik und Wissenschaft, welches effektive Aufklärung und Vorsorge bisher verhindert hat.

Sie zeigen aber auch, was tatsächlich der Stand der Forschung ist, und wie Bürger sich erfolgreich gegen die neue Technik wehren können. Werden wir aus dem Mobilfunk-Experiment mit heiler Haut herauskommen? „Vorsorgen statt abwiegeln!“ ist das Fazit der Autoren – und zahlreicher unabhängiger Wissenschaftler auf der ganzen Welt.

Die Autoren sprechen selbst von einer „einigermaßen schockierenden Abrechnung“ und scheuen auch nicht davor zurück, bekannte Politikernamen zu nennen und ihre Verflechtungen mit der Mobilfunkindustrie offenzulegen. Bekannte Politiker von CDU, SPD und FDP werden genannt und ihre offensichtlichen finanziellen Verwicklungen mit der Mobilfunkindustrie aufgezeigt.

Die Linke Liste hat im Stadtparlament mehrfach eine kritischere Haltung der Stadt und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Sachen Mobilfunk eingefordert – z.B. die Ernennung eines Netzbeauftragten und den Ausschluss von sensiblen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Altenheimen und Pflegeeinrichtungen bei der Erteilung von Genehmigungen für Mobilfunkantennen. In der Landeshauptstadt ist man sich aber der Gefahren für die Gesundheit durch einen sorglosen Umgang mit einer neuen Technik offenbar immer noch nicht bewusst; die Informationspflicht nach dem Umweltinformationsgesetz wird auf die leichte Schulter genommen.

Jüngstes Beispiel dafür ist die Antwort auf die Frage der Bündnisgrünen während der letzten Stadtverordnetenversammlung, die schon zum zweiten Mal gefragt hatten, welche Meinung der Magistrat zum Angebot der Firma LS telcom zur Erstellung eines erweiterten Mobilfunkkatasters hat. Dieses Kataster stellt die tatsächliche Strahlenbelastung eines Ortes dar, die sich aus der Summe der Strahlung der einzelnen Sendemasten zusammensetzt, ohne Adressen zu nennen, und ist somit ein Kompromiss zwischen datenschutzrechtlichen Bedenken und der Informationspflicht nach dem Umweltinformationsgesetz gegenüber der Öffentlichkeit. Für den Magistrat aber ist das existierende Kataster, das im Internet eingesehen werden kann und dessen Darstellung der Standorte selbst bei gutem Willen nur grobmaschig genannt werden kann (siehe auch LiLi-Info vom Dezember 2002), völlig ausreichend.

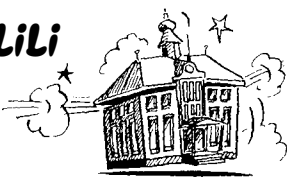
**Es geht aber auch anders:**

Die nordhessische Stadt Vellmar sorgt bundesweit für Schlagzeilen, indem sie als eine der ersten Städte in Deutschland durch Verabschiedung eines entsprechenden Bebauungsplans Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und anderen sensiblen Bereichen ausschließt. Die Stadt will damit den bisher ungeklärten Gesundheitsrisiken von Mobilfunksendeanlagen vorbeugen (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine vom 28.5.2003).

**Die Linke Liste wird sich weiterhin dafür stark machen, dass Wiesbaden solchen verantwortungsvollen Beispielen folgt!**

Evelyn Zell,  
umweltpolitische Sprecherin  
der Fraktion Linke Liste

LiLi



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

4

Juli/Sept. 2003

# Statt **Haushaltssperre** in Wiesbaden: soziale und umweltgerechte Stadtpolitik realisieren!

**Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden protestiert gegen die vom Stadtkämmerer Dr. Müller (CDU) verfügte und vom Magistrat gebilligte Haushaltssperre. Die gegenwärtige Finanzkrise der Stadt macht vor allem zwei Dinge klar:**

1. Die Senkung der Gewerbe- und Grundsteuersätze vor zwei Jahren – einzig ablehnende Fraktion war die Linke Liste – war der größte finanzpolitische Fehler, den die Konsenspartner CDU, FDP und SPD ausgekungelt und durchgesetzt haben. Zu mehr Arbeitsplätzen (siehe Arbeitslosenstatistik) und Firmenansiedlungen hat das nicht geführt (siehe Leerstand an Büroflächen und nicht genutzte Flächen in Gewerbegebieten). Auf die Tagesordnung für den Haushalt 2004/05 gehört darum die Anhebung der Hebesätze für beide Steuern auf das Niveau von 2001: Mehreinnahmen von bis zu 10 Millionen Euro jährlich sind dadurch möglich.
2. Dringend nötig ist nun politischer Druck, damit eine Gemeindesteuerreform bis Ende 2003 beschlossen wird, auf deren Grundlage es wieder eine verlässliche Finanzbasis für die kommunale Selbstverwaltung auch in Wiesbaden gibt. Unterstützung sollte das u.a. vom Deutschen Städtetag favorisierte Konzept finden, das insbesondere die Einnahmehasis für die Gewerbesteuer verbreitert und die Verrechnungsmöglichkeiten der Unternehmen zwischen Gewinnen und Verlusten einschränkt.

Was sinnvolles Sparen betrifft, ohne dass die Lebensqualität der Mehrzahl der Wiesbadener/innen eingeschränkt wird, zwei Vorschläge:

1. Der Ministerpräsident des Landes Hessen, Herr Koch (CDU), „benötigt“ für die neue Staatskanzlei eine Vorfahrt, die die Kleinigkeit von 1.200.000 Euro kostet. Welchen Grund gibt es in der jetzigen Finanzsituation der Stadt, 700.000 Euro für dieses unnütze Projekt aus städtischen Finanzmitteln zur Verfügung zu stellen?
2. Die Stadt will der Karstadt AG für die Nutzung eines Busknotenpunktes im Untergeschoss des jetzigen Karstadt(Hertie)-Technikhauses einen Betrag von 3.280.000 Euro nach Baubeginn (vorab für ein 99-jähriges Nutzungsrecht) plus Baukosten (750.000 Euro) zahlen, obwohl Verkehrsdezernent Prof. Dr. Pös bereits betonte, dass ein solcher Knotenpunkt keinen Sinn für den ÖPNV macht. Geschenke an Handelskonzerne konnte und kann sich die Stadt nicht leisten! Die Verträge mit der Karstadt AG sind entsprechend zu ändern.

Die Linke Liste Wiesbaden hat bereits bei den Haushaltsplanberatungen 2002/2003 weitere Vorschläge zum sinnvollen Sparen gemacht, die wir im Rahmen der öffentlichen Beratungen zum

Haushalt 2004/2005 vorlegen werden. Was wir gemeinsam mit Vereinen, sozialen, kulturellen sowie Kinder- und Jugendinitiativen unter allen Umständen verhindern wollen ist, dass diesen Einrichtungen mit Verweis auf den angeblichen Finanznotstand der Geldhahn abgedreht wird oder soziale, kulturelle und weitere Standards in dieser Stadt gekappt werden (siehe z.B. den unruhmlichen Vorschlag der FDP zur umgehenden Schließung des ESWE-Hallenbades).

Wir rufen alle Vereine und Initiativen auf, jeden Versuch des Magistrats öffentlich zu machen, der durch die Kürzung finanzieller Mittel die Arbeit zum Wohle der Mehrheit der BürgerInnen dieser Stadt in den nächsten Wochen, aber auch in den kommenden beiden Jahren 2004 und 2005 (über den Haushalt), einschränkt oder ganz verhindert. Über eine geeignete öffentliche Plattform für diesen Protest (z. B. im Internet) sollte gemeinsam beraten werden.

## Haushaltssperre

### LiLi: Stadt darf Karstadt keine Geschenke machen

WIESBADEN. Auch die Ein-Mann-Rathausfraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) protestiert gegen die vom CDU-Stadtkämmerer verhängte Haushaltssperre. Zunächst müsse die vor anderthalb Jahren beschlossene Senkung der Gewerbe- und Grundsteuer rückgängig gemacht werden, fordert nach den Grünen auch Hartmut Bohrer. Dies würde zehn Millionen Euro Mehreinnahmen bedeuten.

Außerdem forderte der LiLi-Mann, einen Teil des Karstadt-Deals rückgängig zu machen: Dem Konzern dürfe die Stadt keine Geschenke machen, indem sie ihm für die Nutzung eines Busknotenpunktes im Untergeschoss des derzeitigen Hertie-Technikhauses 3,3 Millionen Euro für ein 99-jähriges Nutzungsrecht plus Baukosten von 750.000 Euro zahle. Zudem sollten alle Fraktionen Druck für die Verabschiedung der Gemeindesteuerreform machen.

Es müsse verhindert werden, so Bohrer, dass Hallenbädern, Vereinen und Jugendinitiativen der Geldhahn abgedreht werde. Soziale, kulturelle und weitere Standards müssten erhalten werden. bac

Um beiden Wiesbadener Tageszeitungen zu zeigen, wie so etwas aussieht, und dass es auch geht (!), drucken wir den Artikel der Frankfurter Rundschau vom 23.6. ab. Diese brachte die Stellungnahme der Linken Liste zur Haushaltssperre, ganz im Unterschied zu Tagblatt oder Kurier. Dort scheint für den Umgang mit der Linken Liste zu gelten: „Schweig sie tot!“

## Termine:

Stadtverordneten-Versammlungen im Rathaus:  
25. September; 16. Oktober;  
4. Dezember 2003.

Vollversammlungen der Linken Liste Wiesbaden:  
(Hilde-Müller-Haus, Wallufer Platz, 3. Stock, 19 Uhr)  
24. September; 29. Oktober;  
3. Dezember 2003

Fraktionssitzungen der Linken Liste Wiesbaden:  
(Rathaus, Raum 304, 18 Uhr)  
11.8.; 8.9.; 22.9.; 29.9.; 13.10.; 3.11.; 17.11.; 1.12.; 15.12.2003

Arbeitskreis „Umwelt – Verkehr – Stadtplanung“  
(Rathaus, Zi. 314, 18 Uhr)  
15.7.; 2.9.; 14.10.; 4.11.; 9.12.2003

AG Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion Linke Liste  
(Rathaus, Raum 314) jeweils  
Mittwoch von 17–19 Uhr

AG Soziales:  
(Rathaus, Raum 308, 18 Uhr)  
17.7., 4.9., 18.9., 2.10., 23.10., 6.11., 20.11., 11.12. 2003

Geschichte aus dem linkem Blickwinkel:  
Vorbereitungstreffs (Infoladen, Werderstraße 8, 19 Uhr):  
24.7.; 21.8.; 18.9.; 30.10.; 27.11.2003

Veranstaltungen, ebenfalls im Infoladen:

23. Juli: Solidarischer Kampf der Linken gegen den Faschismus in Spanien.

10. September: Anton Linder. Das Leben eines Antifaschisten als Soldat im Spanischen Bürgerkrieg und als Partisan in Frankreich. Anhand dieses Lebenslaufes ist viel über diese Zeit zu erfahren. Referent: Klaus Weidner

12. November: Schinderhannes unter uns. Zum 200. Todestag des Schinderhannes. Referent: Hartmut Bohrer



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Juli/Sept. 2003



**Was will die Linke Liste Wiesbaden mit den und für die Bürgerinnen und Bürger erreichen?**

# LiLi stellt ihre programmatischen Aussagen zur Debatte

Von Beginn ihrer Arbeit vor rund zweieinhalb Jahren an formulierten die „Gründer/innen“ der Linken Liste programmatische Aussagen zu aktuellen und kommunalpolitischen Themen. Mit deren Verabschiedung auf damaligen Vollversammlungen wurde versucht, die Öffentlichkeit über Ziele und Absichten der Linken Liste ins Bild zu setzen (siehe [www.linke-liste-wiesbaden.de](http://www.linke-liste-wiesbaden.de)).

Seit dieser Zeit hat sich die LiLi sowohl im Parlament als auch mit außerparlamentarischen Tätigkeiten bemüht, den damals formulierten Zielen gerecht zu werden. Um die dabei aus Erfolgen, Niederlagen und Einsichten gewonnenen Erfahrungen nicht erst 2006, wenn die nächste Kommunalwahl vor der Tür steht, zusammenzufassen und öffentlich zu machen, sind wir bis Ende 2003 bemüht, die bisherigen programmatischen Aussagen mit den „Arbeitsergebnissen“ zu vergleichen und sie zu präzisieren.

Dabei ist bereits schon jetzt ersichtlich, dass eine stärkere thematische Strukturierung unserer Ziele der Übersichtlichkeit zugute kommt. Dem Wunsch nach detaillierter Information, der unter anderen an den LiLi-Infoständen geäußert wird, kann so besser entsprochen werden.

Zu folgenden Sachgebieten werden wir im Verlauf der nächsten Monate Teilprogramme vorlegen:

Antifaschismus/Antirassismus/Frieden  
Arbeit  
Frauen  
Jugend, Freizeit  
Kultur  
Öffentliche Sicherheit

Schule  
Soziales  
Stadtentwicklung, Verkehr  
Umwelt  
Wirtschafts- und Haushaltspolitik  
Bürgerbeteiligung.

Wir betrachten die Arbeit mit und an unseren programmatischen Zielstellungen als einen Prozess, in dem die formulierten Ziele und mögliche Wege dorthin immer wieder hinterfragt werden müssen. Dabei ist uns die Meinung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger zu unseren Vorstellungen besonders wichtig. Wir werden daher in den kommenden Informationen der Fraktion Auszüge unserer programmatischen Vorstellungen öffentlich machen. Ausführlich geschehen wird dies auch auf unserer Internetseite.

**Wir wünschen uns, dass alle der LiLi Nahestehenden und weitere Bewohnerinnen und Bewohner von Wiesbaden mit uns dazu ins Gespräch kommen.**

**Als erste Teilprogramme stellen wir in dieser Ausgabe die Entwürfe zu den Themen Soziales und Antifaschismus/Antirassismus/Frieden in Auszügen vor.**

## Entwurf: Sozialpolitik – Gerechtigkeit und Lebensqualität für alle BürgerInnen

Im Ergebnis städtischer Sozialpolitik

- muss der Umfang und die Qualität erbrachter sozialer Leistungen durch städtische Einrichtungen und freie Träger erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden,
- sind insbesondere die Lebensverhältnisse für Kinder und Jugendliche sowie Familien mit Kindern so zu gestalten, dass alle einen gleich guten Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Freizeitangebote haben,
- sollen Gebühren, Beiträge und Entgelte für die Inanspruchnahme von Leistungen sozial gerecht und bezahlbar bleiben.

Wie sollen diese Ziele umgesetzt werden:

1. Vor allem das Sozial- und das Schulbudget, welche für die Sicherung der Chancengleichheit von Kindern, Jugendlichen und Familien von ausschlaggebender Bedeutung sind, dürfen bei den Haushaltsberatungen nicht als „Steinbruch“ für die Umsetzung der Konsolidierungsziele für den Wiesbadener Haushalt benutzt werden. Dementsprechend hat die Linke Liste Wiesbaden zum Beispiel schon zum Haushalt 2002/2003 gefordert, statt einer Erhöhung der Investitionsmittel für den Straßen- und Gehwegbau von jährlich 1 Mio. Euro auf 4 Mio.

**LiLi**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

6

Juli/Sept. 2003

Euro vorzunehmen, weitere Schulsanierungen sowie Modernisierungen und den Ausbau von Kinder-, Jugend und Sporteinrichtungen mit diesen Mitteln zu realisieren.

2. Ziel städtischer Politik muss es sein, vor allem die Betreuungsangebote für Kinder so auszuweiten, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Frauen und Alleinerziehende, real möglich ist. Das wäre auch ein konkreter Beitrag, um das Armutsrisiko für diese Bevölkerungsgruppe zu senken. Die im Flächennutzungsplan der Stadt Wiesbaden verankerten Versorgungsziele von 20 % für die Ganztagsbetreuung der Kinder bis zum Alter von 3 Jahren und von 25 % für die Tagesbetreuung von Grundschulern zwischen dem 6. und 12. Lebensjahr entspricht der oben genannten Zielstellung nur sehr unzureichend. Unter anderem deshalb konnte die LiLi dieser Planung nicht zustimmen.

3. Damit Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Betreuung, Sport, Kultur und Freizeit auch durch die weniger Betuchten in Wiesbaden nutzbar bleiben, müssen sie insbesondere für diesen Personenkreis bezahlbar

bleiben. (...) Abgelehnt hat die Linke Liste in der Stadtverordnetenversammlung auch den Antrag der Stadtverwaltung zur Erhöhung des Eintrittspreises für die Veranstaltung „Folklore im Garten“.

4. Eine Senkung von Qualitätsstandards in Sozial-, Kinder und Jugendeinrichtungen darf es nicht geben. Das betrifft zum Beispiel die Erhöhung der Gruppenstärke in den Kindergärten, auch nicht um „vorübergehende“ Engpässe bei der Platzbereitstellung auszugleichen. Das bedeutet aber auch, dass Privatisierungen von Leistungen, die in städtischen Einrichtungen der Gesundheits- und Seniorenbetreuung erbracht werden, nicht weiter voran getrieben werden dürfen. Nach Auffassung der LiLi führen Privatisierungen mittel- und langfristig zu einer Demotivierung des Betreuungspersonals, zu sinkendem Engagement für die Betreuungsbedürftigen und keineswegs zu sinkenden Kosten. Darüber hinaus verschlechtern sie die soziale Lage der in diesen Bereichen Beschäftigten, vor allem Frauen. In diesem Sinne haben wir entsprechende Anträge von Bündnis 90/Die Grünen als einzige Fraktion bisher unterstützt.

## Entwurf: Antifaschismus, Antirassismus und Kampf gegen Rechtsextremismus

Ein Eckpfeiler unserer Politik ist die Auseinandersetzung mit neofaschistischen und rassistischen Strukturen und Haltungen. Im Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Doch die gesellschaftliche Realität auch in unserer Stadt sieht leider ganz anders aus. Das oft ausgesprochene Bekenntnis, aus der Geschichte zu lernen – wobei hier im Besonderen die leidvolle Geschichte des Hitlerfaschismus gemeint ist –, scheint bei einer Vielzahl von Wiesbadener Stadtverordneten zu einem Lippenbekenntnis zu verkommen. Gemeinsam stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und Republikanern dagegen, dass die Wehrmachtsausstellung in städtischen Räumen Wiesbadens gezeigt werden soll. (...) ... sind wir der Meinung, durch entsprechende Aktivitäten inner- und außerhalb des Parlaments immer wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, dass die Programmatik der sogenannten Republikaner mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Die LiLi schlug deshalb vor, auf der konstituierenden Sitzung am 26. April 2001 bei der Festlegung der Größe der Ausschüsse die Zahl der Ausschussmitglieder auf 8 festzulegen, um damit zu erreichen, dass die Reps in keinem Fall durch ihr Stimmverhalten Einfluss auf Entscheidungen von Ausschüssen haben. Dem Antrag wurde von den anderen Parteien leider nur zum Teil zugestimmt. Doch es kam noch schlimmer. Da zwischen der sogenannten Gestaltungsmehrheit, bestehend aus CDU und FDP, und der Opposition aus SPD, Grüne und LiLi zunächst

eine Pattsituation herrschte, bediente sich die CDU und FDP des ehemaligen Mitgliedes der Republikaner Hirzel, der nun „liberal gewendet“ als Parteiloser der Gestaltungsmehrheit die Stimmenmehrheit sichert.

Dem Rassismus und der damit einhergehenden Ausländerfeindlichkeit der rechtsradikalen Parteien wie NPD oder Republikaner steht eine Politik des Sozialabbaus auf Bundes-, Landes-, aber auch auf kommunaler Ebene gegenüber, die ausländerfeindliche Stimmungen befördert. Arbeitslosigkeit, das Abwälzen der Krisenlasten auf die sozial Schwächsten befördert eine Haltung, bei der die Parolen der rechtsradikalen Parteien wie „das Boot ist voll“, Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“ Anklang finden. Man kann den Eindruck gewinnen, dass sich die Verfasser des neuen Asylrechtes von obigen Parolen haben leiten lassen. Das verfassungsmäßig garantierte politische Asylrecht, das den schrecklichen Leiden der aus politischen und rassistischen Gründen Verfolgten der Hitlerdiktatur Rechnung tragen sollte, wurde immer mehr aufgeweicht und existiert praktisch nicht mehr. Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nach Deutschland einreisen, werden mehr oder weniger eingeteilt in solche, die uns „ökonomischen Nutzen“ bringen und solche, die uns „nicht nutzen“.

Eine solche unrühmliche Herangehensweise im Umgang mit Menschen, die sich in Not befinden, zeigt sich auch bei der Wiesbadener Ausländerbehörde, die darüber zu befinden hat, wer in unserem Land bleiben darf und wer nicht, die Wiesbadener Gestaltungsmehrheit steht dem in nichts nach. (...)

(Fortsetzung dieses Programmteils in unserer nächsten Ausgabe)

[www.linke-liste-wiesbaden.de](http://www.linke-liste-wiesbaden.de)

Diskutieren Sie mit uns:

Diese beiden und auch alle weiteren Entwürfe zu unseren Teilprogrammen werden nicht nur in den Mitglieder-Versammlungen (in der Regel am letzten Mittwoch im Monat, Hilde-Müller-Haus, 19 Uhr, Termine siehe Seite 5) diskutiert, sondern befinden sich auch auf unserer website:

[www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de)

**LiLi**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Juli/Sept. 2003

## Linke in Hessischen Parlamenten

In loser Folge wollen wir linke Fraktionen in Hessischen Parlamenten vorstellen und am konkreten Beispiel ihre Arbeit dokumentieren. Wo gibt es entsprechende Vertretungen in Hessen?

### In Städten

Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Kassel, Marburg-Stadt, Mörfelden-Walldorf, Offenbach, Wiesbaden, Rüsselsheim, Gersfeld, Reinheim, Friedberg, Hessisch-Lichtenau, Mainz-Kastel, Mainz-Kostheim

### In Kreistagen

Groß-Gerau, Marburg/ Biedenkopf, Main-Kinzig-Kreis

#### WWW

= weitere wichtige Hinweise

#### [www.flughafen-bi.de](http://www.flughafen-bi.de)

Bürgerinitiativen gegen den Flughafen ausbau

#### [www.mrb.de/](http://www.mrb.de/)

#### [bildungswerk-anna.seghers](http://bildungswerk-anna.seghers.de)

Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V.

#### [www.wiesbaden-gegen-krieg.de](http://www.wiesbaden-gegen-krieg.de)

Wiesbadener Antikriegsbewegung

#### [www.aktivgegenabschiebung.de](http://www.aktivgegenabschiebung.de)

Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main

#### [www.kulturpark-wiesbaden.de](http://www.kulturpark-wiesbaden.de)

Kulturpark für die Jugend

#### [www.stadtbahn-ja.de](http://www.stadtbahn-ja.de)

Für ein umweltschonendes Verkehrskonzept

#### [www.agenda21wiesbaden.de](http://www.agenda21wiesbaden.de)

Wiesbadener Agenda 21; seit Ende Februar 2003 eingestellt.

#### [www.attac-netzwerk.de/](http://www.attac-netzwerk.de/)

#### [wiesbaden](http://wiesbaden.attac-netzwerk.de)

attac – für eine solidarische Weltwirtschaft

#### [www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)

„Kein Krieg! Aufstehen für den Frieden! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit!“

**Lili**



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden

8

Juli/Sept. 2003

## Angemerkt: Die Landeshauptstadt und der Hessentag

Am 22. Juni erlebte das traditionsreichste hessische Fest seinen Höhepunkt: den Festumzug. Durch Bad Arolsen bewegten sich rund 200 „Zugnummern“, gemessen an ortsüblichen Fastnachtzügen eine stattliche Zahl. Mit drei „Nummern“ war auch Wiesbaden vertreten. Vorneweg die Jocus-Garde, Mainz-Kastel, mit „klingendem Spiel“. Als Abschluss drei Trachten-Paare aus Medenbach.

„Kern“ war ein vom Traktor gezogener Hänger, auf dem vier Reproduktionen von Jawlensky-Bildern aus Pappe den Slogan „Wiesbaden – die Jawlensky-Stadt“ illustrierten. Gesamtkosten (inklusive Präsent für den Ministerpräsidenten): „nur“ 11.000 Euro; darum wurde wohl beim bescheidenen Blumenschmuck auf dem Wagen auf Überköpfe verzichtet. Diese – für Wiesbaden eher untypische – Bescheidenheit zeigte sich auch in der personellen Vertretung: zwei ehrenamtliche Stadträtinnen sowie Vertreter der Fraktionen CDU, SPD und Linke Liste, letztere natürlich vollzählig.

All diese konnten auf der Ehrentribüne, neben Delegationen der Landkreise, anderer kreisfreier Städte und anderer Berühmtheiten stundenlang in knallendem Sonnenschein den über vier Kilometer langen Festzug verfolgen. Apropos Ehrengäste: Wie ungerecht: während ein gewisser Roland Koch immer wieder mit Konfetti beschossen wurde oder Küsschen an holde Lieblichkeiten austeilen durfte, wurde ein anderer kaum eines Blickes gewürdigt: ein gewisser Hans Eichel, ehemals Ministerpräsident, Verwalter eines ruinösen Haushaltes.

Die Zugkommentare für das breite Publikum waren – trotz Fernsehübertragung – an der Ehrentribüne eher dürrig. So manche Ereignisse hätten nähere Erläuterung verdient, zum Beispiel, warum das erste hessische Polizeipferd im Festumzug beim Anblick des Ministerpräsidenten scheute, außer Kontrolle geriet und nur mit Mühe wieder zur Façon gebracht werden konnte.

Die Fraktion Linke Liste nutzte den Ausflug, um Erfahrungen zu gewinnen über die Organisation von Großereignissen, denn Olympische Spiele o.ä. sind in der Landeshauptstadt für die nächsten Jahrzehnte ja nicht gänzlich auszuschließen.

Manche Pannen könnten durch gute Organisation vermieden werden, z. B. dass dem „Messeleiter“ Tod durch Erschießen angedroht wurde, als ein PKW unkontrolliert über den Festplatz fuhr und dabei eine „brenzlige“ Situation entstand ...

Resümee: obwohl Stadtverordneter H. Böhrer bei Wahrnehmung der Repräsentationsaufgabe schwere Verbrennungen erlitt (die Wirkung der Sonne war unterschätzt, die Creme mit Lichtschutzfaktor 30 nicht eingepackt worden), will die LiLi auch künftig im Sinne des Gemeinwohls tätig werden.

Schade nur, dass neben den im Festzug des integrationsbereiten Hessen unübersehbar präsent Vertriebenen aus dem Sudetenland, aus Schlesien und östlichen Gebieten den nach Hessen Vertriebenen aus Afghanistan, Kosovo, Irak etc. nicht der gebührende Platz eingeräumt wurde.

**Ich unterstütze die Umbenennung des  
Dernschen Geländes in**



**Weltfriedensplatz!**

## **Dernsches Gelände: „Weltfriedensplatz“!**

In den Tagen des Protestes gegen den Irak-Krieg gab es auch in Wiesbaden phantasievolle und von vielen Friedensfreund/innen unterstützte Aktionen.

So am letzten Sonntag vor Kriegsbeginn im Irak. Am Abend des 16. März trafen sich zahlreiche Wiesbadener Bürger/innen auf dem Dernschen Gelände, um mit Friedensliedern, Gedichten und brennenden Kerzen eine Mahnwache gegen den drohenden Irak-Krieg und die vielen anderen bewaffneten Konflikte auf dieser Welt abzuhalten.

**Hier wurde auch die Idee geboren, das Dernsche Gelände in einer symbolischen Aktion in „Weltfriedensplatz“ umzubenennen.**

**Die Linke Liste Wiesbaden hat diese Idee aufgegriffen und dazu eine Unterschriftenaktion mit Postkarten (Abbildung neben) gestartet.**

Am 15. Mai 2003 wurde das Anliegen, das Dernsche Gelände in „Weltfriedensplatz“ umzubenennen durch eine kleine Demonstration, bei der die Postkarten mit der Unterschriftsmöglichkeit verteilt wurden, erneut vorgetragen. Als – vorläufiger – Höhepunkt wurden neue inoffizielle Straßenschilder mit der Aufschrift **Weltfriedensplatz** rund um das Dernsche Gelände befestigt. Um der Forderung nach Umbenennung des Dernschen Geländes Nachdruck zu verleihen, wird sich die Linke Liste Wiesbaden mit den Unterstützungsunterschriften der Wiesbadener Bürger/innen an den Ortsbeirat Mitte als dem zuständigen Gremium wenden.



### **Mit meiner Unterschrift ...**

... unterstütze ich die von der Linken Liste Wiesbaden aufgegriffene Initiative zur Umbenennung des Dernschen Geländes in Weltfriedensplatz.

Datum: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_



Fraktion Linke Liste  
Schlossplatz 6  
Zimmer 314  
65183 Wiesbaden

**Lili**



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden  
Juli/Sept. 2003

# Wollt ihr den totalen Markt? Hartz II und Agenda 2010.

von Gunther Praml,  
sozialpolitischer Sprecher  
der Fraktion Linke Liste



Lili



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

10

Juli/Sept. 2003

## Ver-Hartzte Zeiten (II):

### Von der sozial-ökologischen Politikorientierung zur „Entfesselung der Marktkräfte“

Wie der interessierte (teilweise irritierte, vereinzelt auch entsetzte) Leser dem Hartz-Papier entnehmen konnte, setzt die 1998 mit dem Ziel einer sozial-ökologischen Erneuerung von Staat und Wirtschaft angetretene Bundesregierung mittlerweile voll auf das Leitbild des Unternehmerischen mit managerialem Denken. Durch „Entfesselung der Marktkräfte“ sollen entsprechend dem neoliberalen Glaubensbekenntnis die Strukturen des Arbeitsmarktes, der Bürokratie, der sozialen Sicherungssysteme und der Verbände dereguliert und von den „Fesseln“ des Sozialstaates befreit werden. Die neoliberale Gleichschaltung des sozialen Lebens und Umgangs miteinander, im Hartz-Papier massiv angekündigt, in der Agenda 2010 fortgeführt, sieht im Einzelnen vor:

- mehr „Eigenverantwortung“ von Arbeitslosen durch Wegfall der Arbeitslosenhilfe
- „Entlastung der Investoren“ durch Steuer-senkung für Unternehmen,
- „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ durch Einschränkung des Kündigungsschutzes,
- „Differenzierung der Lohnstrukturen“ durch mehr Niedriglohn-Jobs,
- „Leistungskürzung für Arbeitsunwillige“ durch Senkung der Unterstützungsleistungen unter das Existenzminimum,
- mehr „Eigenverantwortung“ bei Krankheiten durch zusätzliche finanzielle Belastung der Kranken,
- „Senkung der Lohnnebenkosten“ durch zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge und Senkung des Rentenniveaus,
- Herausnahme „versicherungsfremder Leistungen“ aus der Krankenversicherung wie: Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Unfallversicherung, Sterbegeld, Zahnersatz, Streichung der untersten Stufe der Pflegeversicherung,
- Steigerung der „Investitionsneigung“ durch Verzicht auf Vermögensteuer und weitere Senkung der Einkommensteuer,
- Folge geringerer Steuereinnahmen: Reduzierung der Staatsbeteiligung, Entlassungen im Öffentlichen Dienst, Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Hand (die Private angeblich sowieso „effizienter“ tun können),
- Insgesamt: „Belebung des Wachstums“ durch mehr Armut auf der einen und mehr Reichtum auf der anderen Seite.

Es stellt sich aber die Frage, ob damit die akuten Probleme gelöst werden können. So kann man etwa die Auffassung vertreten, dass Arbeitslosigkeit nicht die Folge von Arbeitsunwilligkeit ist, weil Arbeitslose angeblich lieber Lohnersatzleistungen in Anspruch nehmen, als ihre Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten. Dagegen spricht z.B. die deutliche Unterauslastung der Produktionskapazität mangels Nachfrage. Und ob die Lockerung des Kündigungsschutzes

zu mehr Neueinstellungen führt, kann ebenfalls bezweifelt werden: Die Greencard wurde eingeführt, Unternehmen von Steuern befreit, der Ladenschluss gelockert, die Riester-Rente eingeführt, Hartz-Konzepte umgesetzt. Wo aber bleibt der Aufschwung?

Solange die Auftragslage der meisten Unternehmen Neueinstellungen verbietet, nutzen auch radikale Kostensenkungen nichts. Es spricht einiges dafür, dass die deutsche Wirtschaft kein Kostenproblem, sondern massive Defizite bei der Nachfrage hat, die ja entscheidend für die Gewinnrealisierung ist. Die weitere Verarmung breiter Bevölkerungsteile wird diese Probleme verschärfen. Schließlich sind soziale Leistungen der Arbeitslosen- und Rentenversicherung bislang als Konsumausgaben den Unternehmen zugeflossen. Steigt aber die Armut, werden sich viele die private Vorsorge nicht leisten können: die Klientel für Sozialhilfe wird vergrößert. Greifen aber Hartz-Papier und Agenda 2010 nicht, verlangt die Logik der Neoliberalen eine zweite, intensivere Runde: die Richtung zum verschärften Sozialabbau ist vorgegeben.

Was sind die Alternativen zur neoliberalen Zerschlagung des Sozialstaates? Zuerst muss zur Kenntnis genommen werden, dass Arbeitslosigkeit nicht durch individuelles Fehlverhalten verursacht wird, sondern ein gesamtgesellschaftliches und gesamtwirtschaftliches Problem ist, dessen Ursachen in der „zu hohen“ Arbeitsproduktivität bei gegebener Produktionsmenge (und Wochenarbeitszeit!) liegen. Das dazu notwendige Arbeitsvolumen aber auf alle Arbeitskräfte aufzuteilen, würde unter den derzeitigen Bedingungen in der BRD zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung führen.

Der Staat hat – „Steuerreformen“ – großzügig auf Einnahmen verzichtet und damit die Staatskassen gezielt geleert. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und andere Formen der Finanzierung von Staatsaufgaben auch durch die Reichen ist deshalb notwendig und führt zu einer größeren sozialen Gerechtigkeit. Auch für die Rentenversicherung gibt es Alternativen zur Privatisierung, etwa das Schweizer Modell: Dort gibt es die „Bürgerrente“, in die jeder Staatsbürger 8,4 Prozent seines Bruttoeinkommens (die Hälfte davon zahlt der Arbeitgeber) einzahlt und später eine Pension von mindestens 1000, höchstens 2000 Franken erhält. Ergänzt wird dieses System durch die Betriebsrente, die ebenfalls von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wird.

Das neoliberale Dogma von zu hohen Sozialausgaben kann und muss also zurückgewiesen werden: Die Universalisierung des Marktes ist keineswegs der einzige Ausweg aus der derzeitigen Misere.

# Mit Folter gegen Rechtsstaatlichkeit

Am 27. September 2002 wurde der elfjährige Bankierssohn Jakob Metzler entführt. Die Familie zahlte das Lösegeld, und die Frankfurter Polizei konnte verhältnismäßig schnell einen Tatverdächtigen ermitteln. Das Leben des Jungen war jedoch nicht mehr zu retten. Wie sich später herausstellte, war er vor der Lösegeldübergabe getötet worden. Der Tatverdächtige führte die Polizei schließlich zur Leiche.

Rechtsgeschichte schrieb der Fall vor allem, weil der Frankfurter Polizeivizepräsident Wolfgang Daschner, der unbedingt das Leben des Jungen retten wollte, die Androhung von Gewalt anordnete, um von dem Tatverdächtigen das Versteck des Jungen zu erfahren. Daschner berief sich dabei auf § 34 Strafgesetzbuch, der es in einem Notfall erlaubt, selbst eine Straftat zu begehen, um eine Gefahr abzuwenden.

Die Frankfurter Polizei wollte es nicht nur bei der Androhung von Gewalt belassen, sondern war auch zur Gewaltanwendung bereit. Ein Polizeibeamter soll aus dem Urlaub zurück beordert worden sein, um die Gewaltanwendungen durchzuführen. Der Beamte sei mit Kampftechniken vertraut, die es erlaubten, seinem Opfer große Schmerzen zu bereiten, die jedoch keine ernsthaften Verletzungen hinterließen.

Dies verdeutlicht die Ungeheuerlichkeit des polizeilichen Vorhabens. Kann die Androhung der Gewaltanwendung vielleicht noch nachvollzogen werden, muss das kritische Denken spätestens dann anfangen, wenn bekannt wird, dass ein „Folterknecht“ im polizeilichen EDV-System registriert ist, der jederzeit verfügbar und offenbar auch gewillt ist, so zu agieren. Sicherlich ist es positiv zu bewerten, dass der als äußerst korrekt bekannte Vizepräsident den Sachverhalt aktenkundig machte. Erst dadurch wurde er der Öffentlichkeit bekannt, und gegen Daschner selbst konnte das Ermittlungsverfahren wegen Aussageerpressung eröffnet werden. Dass alle Berufsverbände der Polizei und viele Polizisten die Anwendung der Folter auch in extremen Situation ablehnen, ist sicherlich ein ebenso positives Zeichen.

Demgegenüber steht das breite Verständnis, das der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Geert Mackenroth, der Hessische Ministerpräsident, Roland Koch, sowie andere PolitikerInnen für Daschners Entscheidung äußerten. Dabei störte es die Befürworter wenig, dass das Folterverbot sich aus dem Grundgesetz ableitet und ein absolutes Tabu darstellt. Es wurde sogar diskutiert, die Folter unter bestimmten Umständen rechtlich abzusichern.

Erst nach und nach verbreitete sich der Widerstand in der Öffentlichkeit, und die Befürworter sahen sich gezwungen, ihre Unterstützung für Daschner zurück zu nehmen.

Aus Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ergibt sich der internationale Konsens des Folterverbots: Niemand darf der

Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. Durch andere internationale Erklärungen wie die Europäische Menschenrechtskonvention und UN-Erklärungen wurde das Folterverbot immer wieder bekräftigt. Die Folter ist ein absolutes Tabu und muss es auch bleiben. Folter ist mit nichts zu rechtfertigen.

Ein amerikanischer Journalist behauptete öffentlich, es sei legitim, einem Tatverdächtigen Nadeln unter die Fingernägel zu treiben, um zig Menschenleben zu retten. Zynisch fügte er hinzu, dass die Nadeln natürlich steril und die Gewaltanwendung unter ärztlicher Aufsicht stattfinden müsse. Wer so „argumentiert“, läutet damit das Ende demokratischer Rechtsstaatlichkeit ein bzw. hat die Grenze überschritten. Ein Staat darf nicht alles dürfen, auch wenn es noch so schwer fallen sollte. Die Freiheit erfordert absolute Tabus: dazu gehören das Verbot der Folter ebenso wie das Verbot der Todesstrafe und die Durchführung von Kriegen.

## Am 27. März 2003 stellte die Fraktion Linke Liste diese Frage an den Magistrat:

*„Im Zusammenhang mit der Tatsache, dass seitens des stellvertretenden Leiters der Frankfurter Polizeibehörde zur Erzwungung von Geständnissen Gewalt angedroht und ihre Anwendung erwogen wurde, verbunden mit der Tatsache, dass der hessische Ministerpräsident Koch (CDU) für ein solches Vorgehen Verständnis zeigte, wird an den Magistrat die Frage gerichtet:*

**Welche Haltung nimmt der Magistrat zur Frage der Geständniserzwungung durch Gewalt konkret ein und teilt er die Auffassungen des hessischen Ministerpräsidenten zur Erzwungung von Geständnissen durch Anwendung von Gewalt und welche Auffassung vertritt zu solchen Methoden der Geständniserzwungung die Leitung der Wiesbadener Polizeibehörde?“**

Stadtverordnetenenvorsteherin Frau Thiels lehnte es ab, diese Frage beantworten zu lassen:

*„Die Frage stellt auf eine Angelegenheit ab, die sicherlich nicht eine kommunale ist. Polizeiliche Ermittlungsverfahren sind Angelegenheit des Landes und der hierzu berufenen Einrichtungen. Ein Magistrat kann in einer solchen Angelegenheit keinen Beschluss herbeiführen, um damit seine Auffassung – auch gegenüber der Stadtverordnetenversammlung – zum Ausdruck zu bringen ...“*

**Keine Antwort geben zu wollen ist manchmal auch sehr informativ ...**



Jürgen Korell, Linke Liste WI, ehemals Bundesvorstand des „Verbandes Demokratischer Polizisten“ (Hamburger Signal)

**Da muss man ja wollen!**

Name:

**Straße**

**PLZ, Ort:**

Einsenden oder faxen (06 11) 31-59 17 an Fraktion Linke Liste, Rathaus, Schlossplatz 6, 65183 WI

**Sie müssen ...**

Dann senden wir Ihnen Informativmaterial zu, laden Sie zu Versammlungen ein und schicken Ihnen diese Zeitung in Zukunft sogar nach Hause!

**... nur wollen!**

Spendenkonto der  
Diakonischen Flüchtlingshilfe  
zur Unterstützung  
der Familie Mogos:

Konto:  
Diakonische Flüchtlingshilfe,  
Konto-Nr.: 4001176,  
Ev. Kreditgenossenschaft eG,  
BLZ: 50060500,  
Verwendungszweck:  
Familie Mogos

#### Wie erreichen Sie uns?

Geschäftsstelle der Fraktion:  
Rathaus, Zimmer 314  
Telefon (06 11) 31 54 26  
Fax (06 11) 31 59 17  
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

#### Wann sind wir erreichbar?:

Mo, Di, Do, Fr: 10–12 Uhr  
Mittwoch: 12.30–19 Uhr  
Mo, Di, Do: 16–18 Uhr

#### Unsere Postanschrift:

65183 Wiesbaden  
Schlossplatz 6

#### Internet:

[www.linke-liste-wiesbaden.de](http://www.linke-liste-wiesbaden.de)  
[www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de)

#### Diese Zeitung ist kostenlos – wir freuen uns über Spenden:

Konto 216407 023  
Mainzer Volksbank (BLZ 551 900 00)

#### Linke Liste Wiesbaden

Ausgabe Juli–September 2003  
Auflage: 8.000  
V.i.S.d.P.: Gottfried Schmidt

#### Redaktion:

Karl-Heinz Grünheid  
Jürgen Korell  
Gottfried Schmidt  
Tilman Ziegenhain

Lili



Zeitung der  
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

## Verhandlung vor Europäischem Gerichtshof – Selbstmordversuch des Vaters:

# Familie Mogos seit über 16 Monaten im Flughafen- Transitbereich in Bukarest

Der Kampf der Familie Mogos um ihre Rückkehr nach Deutschland geht in eine neue Runde – doch der ehemalige Boxer Marin Mogos lag zwischenzeitlich schon am Boden und wurde angezählt.

Anfang Mai beging der diabeteskranke Familienvater einen Selbstmordversuch in der Transitzone des internationalen Flughafens der rumänischen Hauptstadt Bukarest, wo er mit Ehefrau Anisoara und drei seiner fünf Kinder seit dem 7. März 2002 ausharrt. Damals wurden die staatenlosen Roma von Polizeibeamten aus ihrer Kasteler Wohnung gezerrt und in einem Flugzeug nach Rumänien abgeschoben. Seitdem haben die Familienmitglieder einmal Weihnachten und zweimal Ostern unter den Augen ihrer Wächter in Otopeni gefeiert – sie sind nun seit fast 500 Tagen dort. Das alles, um sich die vage Chance zu erhalten, nach Deutschland zurückkehren zu können. Denn ein Verlassen der Transitzone ist nur möglich, wenn die Familie die rumänische Staatsbürgerschaft annimmt.

Den Rechtsstreit der Familie führt seit drei Jahren die Wiesbadener Rechtsanwältin Alexandra Dennhardt. Sie hat nun Antwort vom europäischen Menschengerichtshof in Straßburg erhalten. Vor zwei Jahren hatte sie dort Klage gegen den deutschen Staat eingereicht. Auch gegen den rumänischen Staat läuft ein Verfahren.

Die Klage gegen Deutschland ist abgewiesen worden. Der deutsche Rechtsweg sei noch nicht ausgeschöpft. Die Anwältin unterließ auf Drängen ihrer Mandanten, eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einzureichen. Der Vorwurf des Rechtsmissbrauchs und damit die Abweisung der Klage sei ohnehin absehbar gewesen, so Dennhardt.

Ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht würde nach ihrer Einschätzung ein halbes Jahr dauern, ein neuer Prozess in Straßburg vielleicht noch einmal zwei. „Solange würde die Familie im Transitbereich nicht mehr durchhalten,“ ist sie sich sicher.

Die Klage gegen den rumänischen Staat hat beim europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hingegen Gehör gefunden. Dieser sandte nun sechs Fragen an die rumänische Regierung. Sie soll in ihren Antworten zu den Verstößen gegen die Menschenrechte durch ihre Polizeiorgane

am Bukarester Flughafen Stellung nehmen. Außerdem soll sie zur Klärung der Frage beitragen, warum die Staatenlosen nur dann den rumänischen Boden betreten dürfen, wenn sie die rumänische Staatsbürgerschaft beantragen. Denn staatenlos zu bleiben ist ein international garantiertes Recht. Außerdem begründet die hessische Ausländerbehörde die Legalität der Abschiebung der Staatenlosen mit der Garantie Rumäniens, die Betroffenen könnten ihren Status behalten.

Mit einer Kooperationsbereitschaft der rumänischen Seite ist aber nicht zu rechnen. Bisher hat sie alles getan, um die Durchsetzung der Rechte von Familie Mogos zu erschweren. So sind Briefe aus Straßburg oft nicht an die Familie weitergereicht worden. Empfangsbestätigungen für die Einschreiben des Gerichtshofes seien mit immer anderen Unterschriften in Straßburg eingetroffen, so die Geschäftsstelle des Gerichts in einem Schreiben an die Anwältin der Familie.

Der gesundheitliche und finanzielle Einsatz der fünf Staatenlosen in diesem juristischen Tauziehen ist hoch und erhöht sich mit jedem weiteren Tag in der Transitzone. Die durch den rumänischen Staat garantierte medizinische Versorgung entpuppte sich als Farce. Ärzte, die die Familie behandeln, dürfen keine Medikamente in die Transitzone bringen. Sie stellen Rezepte aus, die die Gefangenen nicht einlösen können. Marin Mogos ist Diabetiker und braucht täglich Insulinspritzen. Aus Deutschland kommen in unregelmäßigen Abständen Lieferungen des teuren Medikaments. Seiner Frau Anisoara Mogos wurde kürzlich Hepatitis diagnostiziert. Alle Familienmitglieder leiden an Depressionen und Angstzuständen.

„Trotz aller Hafterschwernisse wird es mit jedem Tag nur noch schwieriger werden, der Familie eine Einreise nach Rumänien nahe zu legen, sollte diese unausweichlich werden,“ erklärt Alexandra Dennhardt.

„Denn dann wären alle bisherigen Bemühungen umsonst gewesen. Ein Jahr in Gefangenschaft für nichts.“

Gerade Marin Mogos habe immer wieder betont, er werde nicht lebend rumänischen Boden betreten. Seine Kinder und Ehefrau wolle er mit in den Tod nehmen.